

Bund für Wirtschaftsfreiheit.

Unter sehr roger Beteiligung von Vertretern landwirtschaftlicher, industrieller, kaufmännischer und genossenschaftlicher Korporationen fand gestern die gründende Versammlung des Bundes für Wirtschaftsfreiheit statt, dessen Hauptaufgabe der Wiederaufbau des Wirtschaftslebens Donau-Österreichs und die Beseitigung jeglicher Zwangswirtschaft ist.

Den Vorsitz führte Sektionschef a. D. Dr. Wilhelm Eger.

Das einleitende Referat erstattete der Proponent der neuen Organisation Kommerzialrat Julius Meinel. „Unser Wirtschaftsleben“ — führte er aus — „ist auf auf einem toten Punkte angelangt. Wenn es so weitergeht, führerlos und ohne Ziel, steuern wir dem Abgrund entgegen. Wir müssen daher die Führung übernehmen und den Wiederaufbau beginnen. Wiederaufbau heißt Arbeit, Produktion. Wir haben Banknoten genug, aber was fangen wir mit den Banknoten an, wenn die Produktion gehemmt ist, wenn wir zu den festgesetzten Preisen nichts bekommen! Was in den Betrieb kommt, wird durch Schleichhandel, durch die Zentralen betrieben. Dieses System liegt auch nicht im staatlichen Interesse. Neben den Zentralen bestehen noch Organisationen, sie arbeiten unrationell, ihre Erhaltung kostet dem Staate Millionen. So wird der legitime Handel geschädigt, an seiner Stelle breitet sich der Schleichhandel immer mehr aus. Seit zwei Monaten werden wir von der Entente ausschließlich mit Lebensmitteln versorgt. Wenn keine Wandlung auf dem Approvisionierungsgebiet eintritt, wenn Handel und Industrie stillliegen, dann werden wir dem Bolschewismus in die Arme getrieben, dann ist der Zusammenbruch unvermeidlich. Die Zwangswirtschaft sei viel ärger als der ärgste Bürokratismus. Die Aufhebung der Blockade durch die Entente nütze nichts, so lange nicht die innere Blockade aufgehoben werde. Die Bevölkerung habe die unauslöschliche Ueberzeugung gewonnen, daß das System schlecht sei. Die Zentralen werden durch die Wirtschaftszverbände ersetzt, nur die Rollen seien vertauscht worden, der bürokratische Apparat habe durch diesen Wandel nicht gelitten, und so sei der Ausblick in die Zukunft ein recht trostloser. Mächtige Einflüsse sind im Spiele, die großes Interesse haben, dieses unheilvolle System fortzusetzen, von anderer Seite wird dieses System aus Existenzrücksichten gefördert. Nur eine Gegenorganisation der wirtschaftlichen Kreise kann hier Abhilfe schaffen.“

Rektor der Hochschule für Bodenkultur Professor Dr. Winkler befürwortete für die durch Vegetationen schwer bedrückte, unter der Last der Zwangswirtschaft leizende Landwirtschaft den Zusammenschluß. Die verkehrte Preispolitik habe die Milchwirtschaft erdrückt. Die Nahrungsbedürfnisse könnten befriedigt werden, wenn die Landwirtschaft in den Stand gesetzt würde, sich auf den Friedensstand einzurichten. Es könnte ihr das Recht eingeräumt werden, einen Teil der Steuern in Landesprodukten abzutragen, dann könnten auch die Mindestbemittelten mit Mehl und Fett versorgt werden.

Nationalrat Friedmann führt aus, die Anhänger der Zwangswirtschaft seien zwar keineswegs begeistert von den Vorteilen dieses Systems, aber sie brauchen einen Vorspann für ihr Dogma. Was am meisten nützlich wäre, eine Sozialisierung der Nationalversammlung zum Schutze gegen die Gewaltdiktatur. Redner wies noch auf die Behinderung hin, die die Sachdemobilisierung durch das Staatsamt für Heerwesen erfahre.

Dr. Freiherr v. Spitzmüller erklärt sich mit der Schaffung des neuen Bundes einverstanden. Er sehe sich veranlaßt, hier das Wort zu ergreifen, um den Verdacht, daß er als gewesenes Mitglied des Kabinetts Stürgkh an der Errichtung der Zentralen mitschuldig gewesen sei, von sich abzuwälzen. Er sei in die Regierung Stürgkh erst nach Schaffung der Zentralen eingetreten. Schon vor den Zentralen habe die durch die Kriegsverwaltung eingeführte Zwangswirtschaft bestanden. Eine Verteilungsorganisation sei unbedingt notwendig, der freie Handel komme für die Akquirierung in Betracht. Er weist darauf hin, daß schon der Versuch unternommen wurde, im Wege des freien Handels lebensnotwendige Artikel einzuführen, jedoch sei dies wegen der schlechten Valuta gescheitert. Parlament und Regierung haben hier vollständig versagt. Er streifte die Importfrage, auf die das größte Gewicht gelegt werden müsse, und machte darauf aufmerksam, daß es bei Gründung des Bundes notwendig sei, zu betonen, daß diese mit der Sozialisationsaktion nichts zu tun habe, es handle sich nur um Fragen wirtschaftlicher Natur, Fragen der Lebensexistenz. (Beifall.)

Nationalrat Partik gab der Ansicht Ausdruck, daß der größte Teil der Konsumenten sich dem Bunde anschließen werde.

In seinem Schlussworte betonte Referent Meinel, daß die Produktion der beste Schutz für